

Beschluss des Landrats vom 22.05.2025

Nr. 1157

30. Bürokratieabbau im Gesundheitswesen

2025/56; Protokoll: ps

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Markus Graf (SVP) hält fest, wie in vielen Branchen sei auch im Gesundheitswesen die Bürokratie zu einem Hauptproblem geworden. Die SVP-Fraktion sieht einen grossen Handlungsbedarf bezüglich des administrativen Aufwands. Diese Rückmeldungen erhielt sie auch von vielen Hausärzten. Die Fraktion hat den Eindruck, die Motion sei das richtige Mittel. Die Bürokratie muss zwingend und rasch abgebaut werden. Der Hausärztemangel ist Realität und die Attraktivität des Berufs steigt nicht mit der aktuellen Bürokratie. Der Redner bittet um Unterstützung der Motion.

Lucia Mikeler Knaack (SP) gibt der SVP-Fraktion recht, dass dies angeschaut werden müsse. Die Administration nimmt zu grosse Dimensionen an. Die SP-Fraktion lehnt eine Motion ab, würde jedoch einstimmig ein Postulat unterstützen.

Werner Hotz (EVP) hält fest, die Begründung «Bürokratie» sei etwas schwammig. Der Redner konnte nicht genau herauslesen, worum es genau gehen soll. Vieles ist im Bundesrecht geregelt: KVG und UVG schreiben vor, dass Berichte geschrieben werden müssen – an Spitäler, Ärzte und Versicherungen. Das ist mühsam und belastet den Alltag der Ärzte und Spitäler. Dass aber der Kanton nun der Urheber der Bürokratiemaschine sein soll, entzieht sich den Kenntnissen des Redners. Die Grüne/EVP-Fraktion wäre bereit, den Vorstoss als Postulat zu überweisen, damit der Kanton prüfen kann, wo allenfalls angesetzt und Hand geboten werden kann.

Balz Stückelberger (FDP) sagt, die FDP-Fraktion unterstütze das Anliegen des Bürokratieabbaus und schliesslich auch der Kostensenkung im Gesundheitswesen, wo immer möglich. Die Erwartungen sind aber etwas gedämpft, da der Bereich stark reguliert ist. Gewisse bürokratische Vorgänge sind auch durch den Bund vorgegeben. Dies soll untersucht werden. Die Frage ist lediglich, wie das erfolgen soll. Vorgeschlagen ist eine Motion mit einem Gesetzesartikel; der Regierungsrat möchte allfälligen Handlungsbedarf jedoch zuerst identifizieren und erst dann Gesetze und Verordnungen anpassen. Dieser Weg erscheint der FDP-Fraktion sinnvoll und allenfalls eher im Interesse der Urheber der Motion. Die FDP-Fraktion würde ein Postulat unterstützen.

Urs Roth (SP) stimmt in den Kanon ein. Einen Bürokratieabbau könne nicht einfach verordnet werden. Die Motion ist allgemein gehalten und es ist nicht möglich, einen Gesetzesartikel dazu zu stipulieren. Eine Umwandlung in ein Postulat wäre sinnvoll und würde dem Anliegen dienen. Dann kann eine Auslegeordnung gemacht werden. Regierungsrat Thomi Jourdan und seine Mitarbeitenden sind interessiert und ergreifen Massnahmen; es sind sogar interkantonal Projekte im Gang. Eine so allgemein gehaltene Motion hält der Redner nicht für zielführend.

Tim Hagmann (GLP) äussert, weil der Regierungsrat den Vorstoss als Postulat entgegennehme, unterstütze die GLP-Fraktion ein Postulat. Die SVP-Fraktion kooperiert ansonsten relativ intensiv und stark mit der FDP-Fraktion. Ein Qualitäts-Check der FDP wäre vielleicht schon notwendig, weil so allgemein gehaltene Motionen problematisch sind. Ansonsten wird die GLP-Fraktion auch allgemein gehaltene Motionen à la «seid nachhaltig», «umweltfreundlich», «seid euch bewusst, dass

ihr gut handelt und gute Politik macht» einreichen. Das ist nicht zielführend. Der Regierungsrat würde offensichtlich gewisse Themen gerne angehen.

Yves Krebs (GLP) hält fest, in Vorstössen sollte etwas Konkretes gefordert werden und nicht einfach etwas ins Blaue hinaus geschrieben werden – Bürokratie ist blöd und es wird ein Bürokratieabbau gefordert. Sonst reicht der Redner auch einen Vorstoss ein, dass der Regierungsrat für den Weltfrieden sorgen soll. Bürokratieabbau ist selbstverständlich und eine Daueraufgabe. Der Redner lehnt deshalb Motion und Postulat ab, weil es am Schluss ohnehin bei der GPK landet.

Lucia Mikeler Knaack (SP) sagt zum Votum von Balz Stuckeberger, dass es zwar auch, aber nicht nur um die Finanzen gehe. Eine Reduktion der Administration ist vor allem zugunsten des Patienten und der Patientin, da mehr Zeit für diese zur Verfügung steht. Dies ist das Anliegen der Rednerin. Vor lauter Administration fehlt die Zeit für die Patientinnen und Patienten, um sich beispielsweise auch mal mit ihnen zu unterhalten. Deshalb ist es wichtig, dass das Postulat überwiesen wird.

Sven Inäbnit (FDP) sieht die Chance einer Überweisung als Postulat darin, dass der Regierungsrat breiter prüfen könne. Im Vorstoss werden nur Arztpraxen etc. erwähnt. Es gibt im Gesundheitswesen jedoch noch andere Stakeholder, die Leistungen erbringen und unter der Bürokratielast leiden: Hebammen, Physiotherapiepraxen, Apotheken etc. Es wäre eine Chance, die Prüfung auszudehnen und zu schauen, wo das Gesundheitswesen effizienter gemacht werden könnte.

Markus Graf (SVP) dankt für die Rückmeldungen und sagt zur Qualität des Vorstosses, dass in ein Wespennest gestochen werde. Die – unbegründete – Kritik wird entgegengenommen und im Sinne der Sache in ein Postulat gewandelt.

://: Der Vorstoss wird stillschweigend als Postulat überwiesen.
